

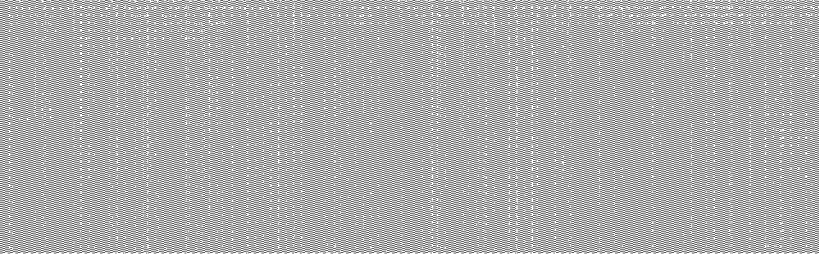
zu Washington zu sagen habe, dann werde man in der Sowjetunion darüber nachdenken, Kohl einzuladen und mit ihm über aktuelle Fragen zu sprechen, die die Europäer und die ganze Welt bewegen.

Kohl habe in diesem Zusammenhang sehr geschimpft. Gorbatschow treffe sich mit dem Demagogen Mitterrand und mit Craxi, jedoch nicht mit Kohl. Die BRD sei für die Fortführung der Ostpolitik und für dynamische Beziehungen mit der Sowjetunion. Ihm sei geantwortet worden, daß man mit ihm sprechen werde, wenn er als Kanzler ein eigenes politisches Gesicht zeige. Er habe darauf erwidert, daß er diese Haltung zur Kenntnis nehme.

Genosse Gorbatschow brachte die Meinung zum Ausdruck, daß man damit der BRD-Regierung eine Lehre erteilt habe. Diese wirke auch unter dem Aspekt der Wahlen und der öffentlichen Meinung. Die ganze Sache sei nicht einfach. Er habe mit Genossen Erich Honecker darüber ausführlich gesprochen.

Natürlich wäre es falsch, einen Staat wie die BRD zu ignorieren. Man müsse eine solche Linie finden, wie man die BRD konkret und in konstruktiver Form in die Lösung wichtiger politischer Fragen einbeziehen könne. Offensichtlich beginne man das seitens der BRD zu erkennen, und der auf sie ausgeübte Druck beginne zu wirken. Man müsse in dieser Frage die Entwicklung weiter verfolgen.

Abschließend brachte Genosse Gorbatschow seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die Genossen die Möglichkeit gefunden hätten, in diesem Kreis zusammenzutreffen. Es sei nicht weniger wichtig, als die Tagung des PBA selbst, daß man einen solchen Stil gefunden habe. Solche Treffen bedeuteten mehr gegenseitige Aufmerksamkeit, mehr Offenheit. Er selbst sei sehr für ein solches Herangehen. Er werde die Ergebnisse und Schlußfolgerungen des Treffens dem Politbüro des ZK der KPdSU vorlegen. Auf der Grundlage



mit allem Ernst beraten werden. Natürlich könne niemand eine Garantie geben, daß solche Havarien nicht mehr vorkommen. In der Technik gebe es keine 100%ige Garantie. In den USA habe es nach dem Challengerunglück noch drei größere Unfälle gegeben. Je weiter die Elektronisierung und Automatisierung voranschreite, desto mehr werde auch der Weg geöffnet für ernste Havarien. Diese Schlußfolgerung werde in der ganzen Welt gezogen. Auch kleine Ausfälle der Technik könnten beim heutigen Stand zu ernststen Folgen führen.

Gegenwärtig seien in allen Ländern viele Kernkraftwerke in Betrieb. Sie verfügten oft nur über einfache Schutzvorrichtungen. Hinsichtlich des Umweltschutzes müsse man Maßnahmen beraten, um die Sicherheit des Betriebes der Kernkraftwerke zu erhöhen. Dies müsse bald geschehen, um die Notwendigkeit einer Konservierung von Kernkraftwerken, wie jetzt in der Sowjetunion, zu verhüten. Es sei bekannt, daß die Sowjetunion bereits bessere Sicherheitsmaßnahmen einführe. Auch diese bieten keine absolute Sicherheit, aber sie gäben größere Garantien. Sie müßten rasch in allen bestehenden Kernkraftwerken eingeführt werden.

Wenn aus Kernkraftwerken Radioaktivität entweiche, dann sei das überall zu spüren. Kernkraftwerke gäbe es in Bulgarien, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und Polen, um nur von den näheren Nachbarn Rumäniens zu sprechen.

Genosse Ceausescu regte an, in dieser Frage die Regierungen und Spezialisten der Bruderländer zu beauftragen, den Generalsekretären Vorschläge für Entscheidungen vorzulegen. Natürlich werde das zusätzliche Aufwendungen erfordern. Aber es sei besser, dies rechtzeitig zu tun, als im Nachhinein. Wenn die sowjetischen Genossen ihre Schlußfolgerungen auch zu den technischen Fragen abgeschlossen hätten, werde es klarer werden, in welcher Richtung weiter gearbeitet werden müsse.

(Genosse Gorbatschow bemerkte dazu, daß man nach Abschluß dieser Arbeiten in der Sowjetunion im Rahmen der Gemeinschaft diese Fragen diskutieren müsse.

Genosse Husak wandte ein, daß man technische Fragen des Betriebs von Kernkraftwerken sofort klären und die notwendigen Schlußfolgerungen einleiten könne.)

Was die Zusammenarbeit insgesamt betreffe, so fuhr Genosse Ceausescu fort, sei auf diesem Treffen nicht genügend Zeit, um darüber ausführlich zu sprechen. Rumänien mache sich Sorgen und wisse, daß jedes Land viele Sorgen habe. Diese beträfen z.B. die Vervollkommnung der Systeme der Leitung der Volkswirtschaft. Man sollte das Thema für das nächste Treffen konkretisieren. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß allgemeine Probleme aus diesem Fragenkreis auch früher diskutiert wurden. Für den Herbst sei eine Tagung des RGW auf der Ebene der Ministerpräsidenten vorgesehen.

Nach seiner Meinung wäre es günstig, das Treffen der Generalsekretäre als einen Meinungsaustausch über Fragen der Vervollkommnung der Formen der Wirtschaftsführung und der Rolle der Parteien bei der Leitung der Wirtschaft durchzuführen. Vor diesem Hintergrund könne man in einem zweiten Teil Fragen der weiteren Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit beraten. Das heißt, jeder Teilnehmer könne informieren, welche Methoden er bei sich anwende und welche konkreten Probleme sich daraus ergeben.

(Genosse Michail Gorbatschow bemerkte dazu, daß er über diesen Fragenkomplex mit Genossen Kádár gesprochen habe. Es sei zum Beispiel so, daß Ungarn mit kapitalistischen Ländern gemischte Betriebe bilde, mit der Sowjetunion aber nicht. Die neue Etappe der Zusammenarbeit, in der es darum gehe, die Direktbeziehungen voranzubringen und gemeinsame Betriebe zu

errichten, stelle neue Anforderungen. Dies bedürfe einer Klärung. Er glaube, daß ohne politischen Willen diese Sache nicht vorankommen werde.)

Zur Information des Genossen Gorbatschow über die Tätigkeit des sowjetischen Außenministeriums äußerte Genosse Nicolae Ceausescu die Meinung, daß es sich hier natürlich um innere Fragen der Sowjetunion handle. Die RKP habe nicht die Absicht, in nächster Zeit solche Fragen zu diskutieren. Aber er danke Genossen Gorbatschow für diese Information und habe für sich selbst Schlußfolgerungen gezogen. Diese beträfe vor allem die Ausführungen des Genossen Gorbatschow über eine aktivere Teilnahme aller Länder des Warschauer Vertrages an der Erarbeitung und Realisierung verschiedener Aufgaben in der internationalen Arena. Was die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet betreffe, so sei es sicherlich notwendig, tiefergehende Schlußfolgerungen zu ziehen. Es gehe nicht um allgemeine Deklarationen. Die gemeinsam angenommenen Erklärungen und Deklarationen seien gut, was die darin enthaltenen Ideen betreffe. Aber von diesen Erklärungen bis zu ihrer Realisierung sei ein recht langer Weg.

In diesem Zusammenhang habe er in seiner Rede auf der Tagung des PBA zwei Probleme angeschnitten. Das erste sei die Stockholmer Konferenz, wo die Arbeit bald abgeschlossen werde. Es sei notwendig, dafür zu sorgen, daß sie nicht ohne Ergebnis zu Ende gehe. Die zweite Frage seien die Wiener Verhandlungen, die schon 12 Jahre andauerten. Auch dort könnte die Arbeit in wenigen Monaten abgeschlossen werden. Vielleicht sollten die Bruderländer nicht nur allgemeine Erklärungen und prinzipielle Deklarationen abstimmen, sondern konkrete Maßnahmen für deren Realisierung unternehmen. Dabei gehe man natürlich davon aus, daß die Außenpolitik Sache der Parteien sei, und die Außenministerien die Aufgabe hätten, die konkrete Linie zu realisieren. Nicht die Ministerien erarbeiteten die Politik. Die Parteien

